# Erzbischof Costa: Krise um Rohingya „große Bürde“ für Bangladesch

18. September 2019



Wien/Chittagong (KNA) Die Flüchtlingskrise um die Vertreibung der Rohingya aus Myanmar ist für das Nachbarland Bangladesch nach Einschätzung Moses M. Costas, Erzbischof von Chittagong, eine „große Bürde“. Von den Vertriebenen wollten viele nicht nach Myanmar zurück, weil es für sie dort keine Sicherheit gebe, Bangladesch aber könne sie nicht alle aufnehmen, sagte Erzbischof Costa im Interview der katholischen Presseagentur „Kathpress“ in Wien.

Costa hält sich derzeit zu einer Vortragsreise und Besuchen bei Hilfswerken in Europa auf. Im Gebiet seiner Erzdiözese, die rund ein Fünftel Bangladeschs ausmacht, liegen auch die großen RohingyaFlüchtlingscamps um Cox’s Bazar.

Die Rohingya seien staatenlos, und „als sie kamen, hatten sie nichts“, zeigte der Erzbischof Verständnis für die Not der Geflüchteten. „Wenn jemand in Schwierigkeiten ist, müssen wir helfen, das ist aus menschlicher Sicht klar.“ Bangladesch habe Verantwortung übernommen

und die Vertriebenen aufgenommen. „Die Leute in meinem Land waren sehr freundlich, auch weil viele von ihnen selbst wissen, wie es ist, Flüchtling zu sein.“ Auch die katholische Kirche im überwiegend muslimischen Bangladesch helfe, etwa durch die Caritas, die Unterkünfte errichtet habe und Nahrungsmittel bereitstelle.

Gleichzeitig werde Kriminalität unter den Rohingya angesichts ihrer aussichtslosen Lage zum Problem. Zudem versuchten einige Rohingya aus den Camps herauszukommen und sich an anderen Orten wie den „Hill Tracts“ im Osten von Chittagong anzusiedeln. Dies setze die örtliche Bevölkerung unter Druck, die selbst in großer Armut lebe, so Erzbischof Costa. „Das ist meine größte Angst, obwohl ich diesem Volk gerne helfen würde (…). Sie besetzen das Land der indigenen Stämme. Was wird dann mit diesen Menschen, mit unserem christlichen Volk dort, geschehen? Niemand redet  darüber.“

Costa setzt darauf, dass die Krise um die Rohingya in Myanmar auf internationaler Ebene gelöst wird. Die Vereinten Nationen, aber auch die EU müssten aktiv werden.

2016 und 2017 waren Hunderttausende Angehörige der muslimischen Rohingya-Minderheit aus dem Bundesstaat Rakhine im buddhistisch dominierten Myanmar vor der Gewalt staatlicher Armeekräfte ins Nachbarland Bangladesch geflohen. Ein am Montag in Genf veröffentlichter UN-Bericht hält fest, dass die rund 600.000 in Myanmar verbliebenen Rohingya nach wie vor der systematischen Verfolgung durch Sicherheitskräfte ausgesetzt und weiter von einem Völkermord bedroht sind.

(KNA - tktlr-89-00120)

Stand: 13. November 2026